

PLENUM 2023



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Koalition findet Lösung in der Haushaltsdebatte

GABRIELA HEINRICH:

75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

CARSTEN TRÄGER:

Weiter hohes Tempo bei Klima und Umweltschutz

MARTINA STAMM-FIBICH

Kabinett beschließt Pharmastrategie

JAN PLOBNER:

Debatte über Barrierefreiheit

Koalition findet Lösung in der Haushaltsdebatte

Keine Kürzungen bei den Mitteln für die soziale Sicherheit.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat in sorgfältigen Beratungen gemeinsam mit Vizekanzler Robert Habeck und Finanzminister Christian Lindner einen Kompromiss für die Haushaltsführung 2024 gefunden. Dieser Vorschlag kann im kommenden Jahr in den Beratungen des Deutschen Bundestages konkret in Gesetzesform gegossen werden.

Auch wenn die SPD auf einige Forderungen verzichten musste, haben wir unser Versprechen gehalten, keine Kürzungen bei Mitteln für soziale Sicherheit, für Investitionen in die Transformation und zur Unterstützung der Ukraine. Mit der in der vergangenen Woche getroffenen Einigung wurde Sicherheit für die Bürger*innen und Unternehmen geschaffen.

Erhöhung des Bürgergeldes kommt

Das Bürgergeld wird wie vorgesehen erhöht werden und schafft damit einen Ausgleich für die in den vergangenen Jahren massiv gestiegenen Preise. Allerdings wird es einige Korrekturen geben. Um dem Handlungsbedarf im Haushalt 2024 sowie dem angespannten Arbeitsmarkt gerecht zu werden, wird es strengere Regeln für diejenigen geben, die ihre Termine in den Jobcentern nicht wahrnehmen.

Der Bürgergeld-Bonus für die nicht-abschlussbezogene Weiterbildung fällt

weg, das abschlussbezogene Weiterbildungsgeld für Bürgergeldempfänger bleibt erhalten.

Auch bei der Rentenpolitik wird es keine Abstriche geben. Mit dem Rentenniveau für heutige Rentenbezieher*innen dauerhaft bei 48 Prozent sichern und den Beitragssatz über Erträge aus dem Generationenkapital stabilisieren.

Investitionen in die Zukunft

Der Klima- und Transformationsfond wird das zentrale Instrument zur Unterstützung der Transformation zur Klimaneutralität bleiben. Allerdings soll er zukünftig stärker auf die zentralen Zukunftsaufgaben zugeschnitten werden. Weiterhin gilt unser Vorhaben, über den KTF die Bürger*innen beim Umstieg auf klimafreundliche Technologien direkt zu unterstützen.

Deutschland steht weiter fest an der Seite der Ukraine

Der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hält unvermindert an. Deutschland wird weiterhin zivile und militärische Unterstützung an die Ukraine leisten. Das ist nicht nur unsere moralische Verpflichtung, es ist im unmittelbaren Interesse für die Sicherheit Deutschlands und Europas. Die Folgen dieser außergewöhnlichen Si-

tuation werden uns auch im Jahr 2024 begleiten. Die Existenz eines großen Landkrieges in Europa stellt nach wie vor eine „Zeitenwende“ dar.

Wir sind uns der Gefahren dieses uns alle betreffenden Konflikts bewusst. Sollten daher im Laufe des Jahres weitere finanzielle Aufwendungen für die Unterstützung der Ukraine über das bisher veranschlagte Maß hinaus nötig werden, wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag vorschlagen, einen entsprechenden Überschreitensbeschluss zu fassen.

Finanzmittel zur Beseitigung der Flutschäden im Ahrtal

Auch im nächsten Jahr wird es erforderlich bleiben, zur Beseitigung der Flutschäden im Ahrtal und in den weiteren betroffenen Regionen erhebliche Finanzmittel aufzuwenden. Zur Finanzierung der im Haushaltsentwurf 2024 vorgesehenen 2,7 Milliarden Euro wird entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wird ein erneuter Überschreitensbeschluss angestrebt.

Wir werden das Gespräch mit der stärksten Oppositionspartei suchen, ob ein solcher Beschluss unterstützt werden kann, damit die betroffenen Bürgerinnen und Bürger und die Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Planungssicherheit haben.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

In einem abgelegenen Dorf irgendwo in Nordwestafrika lebt eine junge Frau namens Nadira. Sie ist sehr arm, weil sie kein Land besitzen darf und vom Erbe ihrer verstorbenen Eltern nur ihre Brüder profitiert haben. Eine Schule hat sie nur vier Jahre besucht, weil – wenn überhaupt – nur die Jungen des Dorfes die Schule länger besuchten.

Eines Tages kommen Söldner in ihr Dorf, die eigentlich nur auf der Durchreise in eine umkämpfte Region sind. Sie vergewaltigen Nadira und schlagen sie bewusstlos. Da der bewaffnete Konflikt stärker wird, beschließt sie, ihr Dorf zu verlassen. Durch die Dürre gibt es in der Gegend auch nicht mehr genug zu essen, weil die Saat auf dem trockenen Boden gar nicht mehr aufgeht.

Nadira macht sich auf den Weg und irrt durch gefährliche Gebiete, immer auf der Flucht vor gewaltsamen Auseinandersetzungen. Sie wird mehrfach vergewaltigt, selbst dann, als sie in einem überfüllten Flüchtlingslager angekommen ist. Dort gibt es zwar genug zu essen, aber keine medizinische Versorgung. An sauberem Wasser mangelt es, Frauen haben keine eigenen Toiletten.

Sie will raus aus dieser desolaten Situation und gerät in die Hände von skrupellosen Menschenhändlern. Sie glaubt den Versprechen und schafft es nach Europa. Doch Nadira wird ihr Pass abgenommen, und sie muss als

Prostituierte arbeiten, ohne Bezahlung und ohne die Aussicht auf Freiheit. Ihr Alltag ist geprägt von Ausbeutung und Misshandlungen.

Nach Monaten der Qual kann sich Nadira aus der Situation befreien. Sie bekommt den Status einer Asylbewerberin in einem europäischen Land. Hier findet sie einige Hilfe und lernt allmählich die Sprache. Aber sie stößt

"Menschenrechte sind keiner Kultur fremd und in allen Nationen verankert"

Kofi Annan

auch oft auf Vorurteile und offene Diskriminierung. Einmal wird sie auf der Straße angespuckt.

Nadira und ihre Geschichte sind erfunden. Aber ist das, was ich mir hier ausgedacht habe, vollkommen an den Haaren herbeigezogen? Wohl kaum. Die furchtbaren Nachrichten, die wir aus dem Sahel hören, belegen, dass sexualisierte Gewalt dort weit ver-

breitet ist. Die Gesetze, dass Frauen weniger erben und kein Land besitzen dürfen, kann man nachlesen. Moderne Sklaverei blüht im Verborgenen, das berichten Opfer vor laufenden Kameras. Rassismus und Angriffe auf Migrantinnen und Migranten sind in Europa an der Tagesordnung. In der Geschichte wurden mindestens 10 Menschenrechte verletzt.

Vor 75 Jahren verabschiedeten die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Die allermeisten Staaten haben sie ratifiziert. Und dennoch werden sie mittlerweile oft als „westliches Konstrukt“ abgetan. Autoritäre Regime behaupten, die Menschenrechte passen nicht zur Kultur oder Religion des Landes. China möchte wie kein anderes Land die Menschenrechte relativieren: Die Freiheitsrechte seien nicht so wichtig, wichtiger seien die wirtschaftlichen und sozialen Rechte.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist heute also wichtiger denn je. Denn: Die Menschenrechte sind die Grundlage für Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit. Sie stehen Kultur und Religion nicht im Wege, sondern fördern die Vielfalt und den Pluralismus, indem sie kulturelle und religiöse Unterschiede der Menschen respektieren und schützen. Und die Menschenrechte ermutigen uns alle, uns für die Rechte insbesondere vulnerabler Gruppen einzusetzen.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Weiter hohes Tempo bei Klima und Umweltschutz

Die Einigung der Koalitionsspitzen zum Bundeshaushalt 2024 hat auch Auswirkungen auf Vorhaben zum Klima- und Umweltschutz. Wichtige Programme und Investitionen bleiben gesichert, umweltschädliche Subventionen sollen abgebaut werden. Ein Überblick.

AKTIONSPROGRAMM NATÜRLICHER KLIMASCHUTZ KANN FORTGESETZT WERDEN

Das im März beschlossene Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) sorgt dafür, dass Ökosysteme wie Wälder und Meere gestärkt, wiederhergestellt und bewahrt werden. Damit bleiben sie gleichzeitig Lebensraum für Pflanzen und Tiere und Klimaschützer. Bis 2026 waren dafür insgesamt vier Milliarden Euro vorgesehen. Der allergrößte Teil der Mittel für 2024 steht auch nach der Haushaltseinigung weiter zur Verfügung. Insbesondere die Maßnahmen zum Schutz der Moore und zum Humusaufbau sollen unverändert fortgeführt werden. Moore sind für rund 4 Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen verantwortlich – Schätzungen zufolge kann eine klimafreundlich durchgeführte Wiedervernässung der Moore bis zu 35 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr einsparen.

INVESTITIONEN IN DIE SCHIENENINFRASTRUKTUR SIND GESICHERT

Der Verkehrssektor trägt erheblich zum CO₂-Ausstoß in Deutschland bei. Auch deshalb ist die Bahn das Transportmittel der Zukunft – aber unsere Schieneninfrastruktur hat erheblichen Investitionsbe-

darf. Die von 2024 bis 2027 vorgesehenen Investitionen von rund 13 Milliarden Euro bleiben erhalten. Sie sollen nicht mehr über den Klima- und Transformationsfonds, sondern aus dem Haushalt finanziert werden und sind dort gesichert. Unter anderem durch Privatisierungserlöse soll das Eigenkapital der Bahn erhöht werden.

ABBAU KLIMA- UND UMWELTSCHÄDLICHER SUBVENTIONEN, CO₂-PREIS UND PLASTIKSTEUER

Die Einigung sieht zudem vor, klima- und umweltschädliche Subventionen in Höhe von 3 Milliarden Euro abzubauen. Flüge sind manchmal notwendig, insbesondere für lange Strecken. Auf kurzen Strecken wie innerhalb Deutschlands ist die Bahn allerdings deutlich klima- und umweltfreundlicher. Als zweites europäisches Land nach Norwegen wollen wir deshalb Kerosin bei gewerblichen innerdeutschen Flügen besteuern, wie ja auch KFZ-Kraftstoffe und Bahnstrom besteuert werden. Damit beenden wir eine Verzerrung des Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Transportarten.

Beim nationalen CO₂-Preis soll zum Preispfad der Großen Koalition zurückgekehrt werden. Der CO₂-Preis soll im kommenden Jahr

45 Euro pro Tonne CO₂ betragen statt 40 Euro. Das Geld fließt weiter zu 85 Prozent über die Abschaffung der EEG-Umlage an Menschen und Unternehmen zurück.

Seit 2021 müssen alle EU-Staaten eine Abgabe zahlen, wenn sie ihre Verpackungsabfälle aus Kunststoff nicht wiederverwerten. Bisher wird diese in Deutschland aus dem Haushalt finanziert. Unternehmen hatten dadurch aber keinen Anreiz, weniger oder gar kein Plastik einzusetzen oder mehr Verpackungen aus recyceltem Plastik herzustellen. Künftig sollen für die Finanzierung der Abgabe deshalb über eine Plastiksteuer die Hersteller und Inverkehrbringer von nicht recycelten Plastikverpackungen herangezogen werden.

Beim Abbau der Zuschüsse für Agrardiesel und der Subventionierung der KFZ-Steuer für die Landwirtschaft gibt es noch Beratungsbedarf.

Wir werden all diese Punkte in unseren Haushaltsberatungen im Bundestag Anfang 2024 sorgfältig prüfen. Im Dezember konnten wir viele im Regierungsentwurf noch vorgesehenen Kürzungen etwa vor allem im Sozialbereich zurücknehmen. Auch 2024 werden wir als Abgeordnete unsere Schwerpunkte setzen.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Alles Gute fürs neue Jahr

Liebe Leserinnen und Leser,

Ich wünsche ruhige Momente im Trubel dieser Welt, Entspannung, Zeit für Besinnlichkeit und schöne Stunden mit Familie und Freunden. Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen alles Gute und vor allem Gesundheit.

Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch.

Ihre

Martina Stamm-Fibich



Kabinett beschließt Pharmastrategie

Am Mittwoch in der vergangenen Sitzungswoche hat das Kabinett eine neue Pharmastrategie für Deutschland beschlossen. Ziele der Initiative sind die Stärkung des Wirtschaftsstandorts und die Vermeidung von Arzneimittellieferengpässen. Die Pharmastrategie setzt sich aus den folgenden Elementen zusammen:

Ein bedeutender Bestandteil der Strategie ist die Beschleunigung klinischer Prüfungen. Dazu werden Kompetenzen bei einer neuen Bundes-Ethik-Kommission gebündelt.

So sollen wichtige Forschungsanträge schneller bewertet und Antragsverfahren entbürokratisiert werden. Darüber hinaus sollen Zulassungsstrukturen vereinfacht werden. Wir werden zu diesem Zweck einen zentralen Ansprechpartner für die pharmazeutische Industrie schaffen, der alle Schritte der Zulassung begleitet. Ein weiteres Ziel der Strategie ist die Beschleunigung der Digitalisierung im Gesundheitswesen. Das neue Gesundheitsdatennutzungsgesetz gibt Pharmaunternehmen die Möglichkeiten mit Patientendaten zu forschen,

wenn diese dem ausdrücklich zustimmen.

Die Schaffung von Anreizen für Pharmaproduktion spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Wir prüfen zu diesem Zweck Förderinstrumente für den Aufbau neuer Produktionsstätten in Deutschland. Darüber investieren wir mehr Geld in die Erforschung und Entwicklung von knappen Medikamenten wie Antibiotika und Arzneimitteln für seltene Erkrankungen. Dazu werden wir die steuerliche Forschungsförderung ausweiten.



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Debatte über Barrierefreiheit

Barrierefreiheit ist ein Menschenrecht. Jedem Menschen muss ermöglicht werden, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Dazu haben wir uns als Gesellschaft verpflichtet.

Gesundheitssystem anpassen

Das Gesundheitsministerium wird noch in dieser Legislaturperiode einen Aktionsplan für ein barrierefreies Gesundheitswesen verabschieden. Wir wollen, dass Einrichtungen, die sich auf die medizinische Versorgung von Menschen mit Behinderung spezialisiert haben, besser an die Regelversorgung angeknüpft werden. Ebenfalls werden Mittel benötigt, um Krankenhäuser weiter barrierefrei auszugestalten. Die Belange von Menschen mit Behinderung sollten zum Regelprogramm der Ausbildung von medizinischen Personal gehören.

Inklusiven Arbeitsmarkt schaffen

Der Arbeitsmarkt muss mehr auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung angepasst werden. Wir wollen eine barrierefreie Zusammenarbeit ermöglichen und so mehr Chancen eröffnen. Wir werden außerdem die Werkstätten reformieren, um sie zu-

kunftsicher zu machen und so Menschen mit Behinderung ein besseres Einkommen zu ermöglichen.

Kluger Plan für barrierefreie Mobilität

Die Zielverfehlung der Union im ÖPNV zeigt, dass wir kluge Pläne brauchen, um unsere Ziele zu erreichen. Deswegen hat diese Bundesregierung die Handlungsempfehlungen des Forschungsprojekts zu gesetzlichen Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit in der Mobilität veröffentlicht. Klar ist, wir müssen den Kommunen als erste Anlaufstelle für barrierefreien Verkehr mehr Handlungsspielraum und finanzielle Förderung und Planungssicherheit gewähren.

Reisen für Alle

Zur gesellschaftlichen Teilhabe gehört auch barrierefreies Reisen. Dazu gibt es seit einigen Jahren das Programm „Reisen für Alle“, das barrierefreies Reisen erleichtert. 2024 wird es organisatorisch und inhaltlich weiterentwickelt. Der Koordinator für Tourismus der Bundesregierung hat im Tourismusausschuss deutlich gemacht, dass die Fortführung finanziell und organisatorisch nahtlos erfolgen wird.

In enger Abstimmung mit betroffenen Verbänden soll es auch inhaltlich weiterentwickelt und vereinfacht werden.

Teilhabe an Kunst und Kultur

Bei Kunst und Kultur geht es nicht nur um barrierefreie Zugänge, sondern auch um umfassende Teilhabe von Künstler*innen mit Beeinträchtigung. Kunst und Kultur muss nicht nur erlebt, sondern auch gelebt werden können. Der Bundesbehindertenbeauftragte organisiert mit dem deutschen Kulturrat eine Reihe von Werkstattgesprächen begonnen. Expert*innen erarbeiten Teilhabeempfehlungen für Kultur und Medien, um den Kulturbereich darin zu unterstützen, eigenständig barrierefreie Teilhabe zu ermöglichen.

Barrierefreie Stadtplanung

Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass bei der Stadtplanung, beim Bauen, beim Wohnen überall Barrierefreiheit mitgedacht wird. Wir brauchen barrierefreie Wohnungen, schwellenlose Bürgersteige, kurze Wege mit durchgehender Beleuchtung und vieles mehr. Das schafft nicht nur Sicherheit und Lebensqualität für Menschen mit Behinderung oder Kinderwagen, sondern für alle.



Die Abgeordneten Takis Mehmet Ali, Aneglika Glöckner, Anja Troff-Schaffarzyk, Jan Plobner, Simona Koß und Emily Vontz (v.l.) plädieren für die SPD-Bundestagsfraktion für ein barrierefreies Deutschland.